Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7813**

17. Wahlperiode 22. 11. 2011

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/6600, 17/6602, 17/7119, 17/7123, 17/7124, 17/7125 –

Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2012
(Haushaltsgesetz 2012)

hier: Einzelplan 23
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 23 02 wird Titel 896 09 – Entwicklungswichtige multilaterale Hilfen zum Umweltschutz, zur Erhaltung der Biodiversität und zum Klimaschutz – um 40 Mio. Euro auf insgesamt 241,862 Mio. Euro erhöht sowie zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen für die kommenden Haushaltsjahre in Höhe von insgesamt 120 Mio. Euro ausgebracht, wodurch sich der Verpflichtungsrahmen auf insgesamt 200,836 Mio. Euro erhöht.

Berlin, den 22. November 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

Begründung

Bis Ende dieses Jahres sollte die internationale Gemeinschaft mindestens 100 Mio. US-Dollar in den Treuhandfonds der Vereinten Nationen (UNDP) zum Schutz des Ishpingo-Tambococha-Tiputini-Gebiets (ITT-Gebiet) im Yasuní-Nationalpark einzahlen. So sieht es das Vertragswerk zwischen der ecuadorianischen Regierung und den Vereinten Nationen vor. Diese erste Summe stellt einen Teil der von der internationalen Staatengemeinschaft zu leistenden Kompensationszahlen vor. Die ecuadorianische Regierung hat zugesagt, auf die Ölförderung im ITT-Gebiet des Yasuní-Nationalparks zu verzichten, wenn die internationale Staatengemeinschaft die Hälfte der zu erwartenden Erdöleinnahmeverluste – kalkuliert wird mit 3,5 Mrd. US-Dollar – über einen Zeitraum von

13 Jahren kompensiert. Ansonsten könnte es sein, dass bald mit der Ölförderung im ITT-Gebiet des Yasuní-Nationalparks begonnen wird. Dies hätte verheerende Folgen für die dort lebende indigene Bevölkerung und die einmalige Tier- und vielfältige Pflanzenwelt. Denn das ITT-Gebiet des Yasuní-Nationalparks ist einmalig. Hier gibt es weltweit die höchste Biodiversitätsdichte, eine unvergleichliche Tier- und vielfältige Pflanzenwelt. Auf dem Gebiet des Nationalparks leben indigene Völker, deren Kultur und Lebensweise eng mit dieser Natur verbunden sind, die bis heute ohne Kontakt zur Zivilisation leben. Dieses Biosphärengebiet gilt es zu erhalten und zu schützen.

Deutschland muss seiner internationalen Verantwortung für den Umwelt-, Klima- und Biodiversitätsschutz gerecht werden und seinen Beitrag zum Erhalt dieses unvergleichbaren Naturreservats leisten. Der Deutsche Bundestag hat bereits 2008 in einem interfraktionellen Antrag seinen Willen erklärt, dieser Verantwortung nachzukommen. Deutschlands Beteiligung wäre gleichzeitig ein wichtiges Signal an weitere Länder, die Yasuní-Initiative ebenfalls zu unterstützen.

Jetzt muss endlich gehandelt werden. Doch die Bundesregierung ist von ihren früheren Versprechen, dieses einmalige Projekt zu unterstützen, abgerückt und verweigert die Einzahlung in den UNDP-Treuhandfonds. Selbst ein interfraktioneller Runder Tisch brachte keine Änderung der Haltung der Bundesregierung. Daher muss das Parlament, dessen gemeinsame Linie immer in der Unterstützung des ITT-Projektes bestand, jetzt mit vereinten Kräften von seinem Etatrecht Gebrauch machen, sich gemeinsam für den Erhalt der einzigartigen Tier- und Pflanzenwelt einsetzen und in den Bundeshaushalt 2012 Gelder für die Einzahlung in den UNDP-Treuhandfonds einstellen.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333